Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 3 (1923-1924)

Heft: 8

Artikel: Die Politik Frankreichs, beurteilt von der "Berner Zeitung" 1862 und 1863

Autor: Weiss, Th.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-155064

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

3. Jahrgang November 1923 Heft 8

Die Politik Frankreichs, beurteilt von der „Berner Zeitung" 1862 und 1863.

Mitgeteilt von **Th. Weiß**, Lausanne.

Vorbemerkung. Die Besitznahme Savoyens durch Frankreich auf Grund der geheimen Abmachungen Napoleons III. mit Cavour in Plombières, des Abtretungsvertrages vom 24. März 1860 und der Volksabstimmung vom 22. April gleichen Jahres trotz energischen Einsprachen der Schweiz; die Mißhelligkeiten der Schweiz in der Dappentalangelegenheit; zahlreichere größere und kleinere Grenzzwischenfälle, so besonders einer vom August 1861 in Ville-la Grand, einem genferisch-französischen Grenzdorfe nordöstlich von Annemasse, hatten in weiten Kreisen des Schweizervolkes Mißstimmung gegen die Politik des kaiserlichen Frankreich hervorgerufen. Aus ihr gingen stets weitere Zwischenfälle, häufig verbunden mit der Beleidigung französischer Fahnen in der französischen Schweiz, hervor. Die Mißstimmung und die Tatsachen, die ihr zu Grunde lagen, erweckten aber auch die Besorgnis vor den Folgen der Machtstellung Frankreichs. Die Bedeutung dieser Machtstellung für die Schweiz wurde damals aber ganz besonders betont von der „Berner Zeitung", dem sogenannten Organ Stämpflis (richtig ist daran, daß er sie gelegentlich mit Artikeln bediente, auch mag er dann und wann solche „inspiriert" haben, jedenfalls vertrat sie im ganzen seine Politik). Es mag gerade in der heutigen Zeit nicht uninteressant sein, diese politischen Betrachtungen aus jener Zeit sich wieder vor Augen zu führen.

Die Vernichtung der Verträge von 1815,

die Prinz Napoleon als Programm der napoleonischen Politik aufgestellt, ist geeignet, auch in der Schweiz Aufmerksamkeit zu erregen. Für die Verträge von 1815 existiert allerdings bei uns eine absolute Begeisterung nicht, weil an dieselben die Wiederherstellung der „Legitimität" und in der Schweiz eine aristokratisch-patrizische Reaktion sich knüpfte. Allein die völkerrechtliche Stellung der Schweiz gewann durch jene Verträge sehr viel: die Schweiz wurde emanzipiert von der erdrückenden Allianz oder vielmehr Abhängigkeit von Frankreich; die Kantone Wallis, Genf, Neuenburg und das Bistum Basel wurden definitiv und vollständig mit dem schweizerischen Bunde vereinigt, die für die Stadt Basel so bedenkliche Festung Hüningen geschleift, mit dem Verbote des Wiederaufbaues, und anderes mehr wurde zur politischen und militärischen Stärkung der Schweiz stipuliert.

Die Vernichtung der Verträge von 1815 nach napoleonischen Programm schließt als wesentliches Moment die Wiederherstellung der sogenannten natürlichen Grenzen Frankreichs in sich. Vom mittelländischen

Meere bis an die Schweizergrenze ist dasselbe durch die Annexierung von Nizza und Savoyen bereits vollführt, und die völkerrechtliche Stellung der Schweiz erhielt hiebei einen Schlag, an dessen Folgen sie noch lange, möglicherweise noch sehr empfindlich leiden wird. Von der Nordsee bis Basel hinauf stehen Belgien und die Rheinprovinzen in Frage, deren Rückerwerbung ein nie geleugnetes Bestreben der französischen Politik ist. Dann bleibt noch die Berichtigung der Grenzen von Basel bis Genf und zu den Walliseralpen übrig! Wird Prinz Napoleon hier vielleicht eine Ausnahme machen, hier sein Programm aus „Wohlwollen" und aus guter Freundnachbarlichkeit für die Schweiz modifizieren, oder — oder — —? Es schadet nichts, auf diese Frage aufmerksam zu machen, damit Jeder sie rechtzeitig überlege.

(Berner Zeitung 1862 Nr. 52, 3. März.)

Schweiz und Frankreich.

Die N. Z. Z. will schnell, schnell alles arrangieren mit dem Nachbar im Westen, damit, wenn der Sturm losbricht, wir gesichert seien. Und von gleichem Frostfieber scheint auch unser Minister Kern in Paris befallen zu sein, nach seiner jüngsten Bankett-Rede zu urteilen. Allerdings, wenn die Schweiz tut, was Frankreich will, das Dappental herausgibt, die Savoyerfrage fallen läßt, — dann wird dies sehr gut aufgenommen werden in Paris. Die Bissen, die so hingeworfen werden, wird der Löwe gerne verschlingen. Aber wenn der allgemeine Sturm losbricht, und einmal wird dies kommen, so wird die Schweiz deshalb nicht im geringsten mehr gesichert, der Löwe uns gegenüber nicht für immer gesättigt sein. Im Gegenteil, je mehr Bissen und Bißchen wir ihm hinwerfen, desto größer und gereizter wird sein Appetit werden. Einmal nur zu wehren anfangen müssen wir, wollen wir uns nicht sukzessive ganz aufspeisen lassen. Zu Ende des vorigen Jahrhunderts glaubte die Schweiz auch, durch beständiges Nachgeben könne sie sich retten; von 1790 an wurden alle von Frankreich verlangten Konzessionen und Konzessiönchen gemacht. Als Savoyen mit Frankreich vereinigt wurde, schwieg man mäuschenstill — aber alles half nichts, im Jahre 1798 brach der Sturm dennoch herein und — Genf folgte dem Schicksale von Savoyen!

(Berner Zeitung 1862 Nr. 66, 13. März.)

Französische Anmaßungen.

Man ist bekanntlich gewohnt, das spezifische Franzosentum mit einer gehörigen Dosis von Arroganz zu identifizieren. Dies bezieht sich sowohl auf die große Nation im allgemeinen, als im besondern auf deren Regierung, betreffend der letztern diplomatisch-politischen Charakter, soweit vornehmlich internationale Beziehungen in Betracht gezogen werden... (Richelieu, Mazarin, erstes Kaiserreich)... Fast in noch erhöhtem Maße heute...

Mancher ist zwar mit uns der Ansicht, das zweite Kaiserreich hätte vor seiner eigenen Türe selber genug zu kehren und es wäre besser,

man ließe Jeden selbst seines Schicksals Schmied sein; denn wenn es alle Welt treiben wollte, wie der Franzosenkaiser, wo käme man am Ende hin? Zudem sind die Früchte der französischen Einmischung in fremde Angelegenheiten derart, daß die bis jetzt direkt davon berührten Völker und Regierungen in jedem Falle eine zweite Auflage einer solchen sich verbitten, in Erwahrung des Sprichwortes: „Gebrannte Kinder scheuen das Feuer.“ Es geschieht zwar jede französische Intervention nach außen angeblich zu dem jesuitischen Zwecke der größeren Ehre Gottes: hier, um einem geknechteten Volke das Joch der Despotie vom Halse zu schaffen, dort zur Verbreitung des Christentums; an einem andern Orte, um den Segnungen der Zivilisation überhaupt Eingang zu verschaffen. Angeblich — haben wir gesagt. ... [Rom, Stütze des Papsttums; Mexiko, „dem Henker gleich“; Japan, Mittelasien, Madagaskar, Nil, Vereinigte Staaten, Ufer der Weichsel, Eider.] Allenthalben dasselbe Spiel; allerorts die gleiche freche Stirne, das gleiche Sichhervordrängen, das gleiche Sicheinmischen in fremde Angelegenheiten, in fremde Händel. Auch die Schweiz hat ja vor wenigen Jahren in der Neuenburger Affaire die allwaltende Hand an der Seine zu spüren bekommen. So wird Napoleon III. nicht müde, aller Welt die Segnungen französischer Zivilisation aufzuzwingen; heute kommts an diesen, morgen an jenen. Kaum ist ein Opfer verschlungen, so blickt des Heißhungrigen Auge bereits nach neuer Beute. In ganz neuester Zeit ist es Deutschland, welches die Aufmerksamkeit desselben in besonderer Weise auf sich zu ziehen das Glück und die Ehre hat. Noch haben die deutschen Fürsten in Frankfurt a. M. kein reelles Resultat ihres Kongresses zu Tage treten lassen, so kommen die Lakaien der Pariser Vorsehung angeritten mit der Botschaft, ohne Frankreich dürfe und könne nimmermehr etwas in Sachen geschehen; Blätter wie „France“ & Comp. sagen es geradezu rund heraus, die deutsche Nation, resp. deren Fürsten seien nicht befugt, was die innern Angelegenheiten des deutschen Bundes betrifft, selbständig und nach freiem Ermessen zu handeln; es sei Deutschland nicht erlaubt, sich fester zu einigen, d. h. ohne Einwilligung Napoleons III. die bisherige Bundesverfassung zu revidieren u. s. w. Das ist freilich eine Schmach, ob der jedes deutsche Herz sich in den Boden verkriechen sollte; aber wie gesagt: wer nichts aus sich macht, wird eben nichts; Deutschland allein, sein Volk und seine Regierungen sind an seiner Ohnmacht und seiner Herabwürdigung ganz allein selbst schuld. Kein Zweifel, daß bei allfällig gutem Fortgang des deutschen Einigungswerkes von Frankreich aus noch weitere Stimmen in intervenierendem Sinne sich vernehmen lassen werden. Wir sind begierig, wie in diesem Falle dann Arndt's „großes Vaterland“ die französische Arroganz beantworten wird, ob mit einem zagenden „Ja!“ oder mit einem eines großen Volkes würdigen stolzen und selbstbewußten „Nein!“ Es ist auch für andere nicht gleichgültig, wie Deutschland den Napoleon'schen Anmaßungen entgegentritt, denn „l'appétit vient en mangeant“.

(Berner Zeitung 1863 Nr. 206, 1. Sept.)

Frankreich und die deutsche Bundesreform.

Die französische Regierung läßt durch die Presse überall in Frankreich den Samen des Mißtrauens, der Besorgnis wegen den Folgen der deutschen Bundesreform ausstreuen. Die Bestimmung des achten Artikels der Reform-Akte, wonach der Bundesrat mit einfacher Stimmenmehrheit darüber entscheiden könnte, ob der Bund sich an dem Kriege zu beteiligen habe, falls Österreich oder Preußen in ihren nicht zum Bunde gehörigen Territorien angegriffen würden, erscheint der französischen Regierung „voll von Gefahren", als eine „radikale Umgestaltung des europäischen Gleichgewichts", welche Frankreich „nicht zulassen könne", und Kaiser Franz Josef habe durch einen derartigen Vorschlag „einen Übergriff" versucht. Nur mit Hilfe Frankreichs habe Österreich sich wieder emporgerichtet; verlasse es die Sphäre, „in welcher Frankreich ihm gestattet, sich zu bewegen", so werde seine Macht wieder „ins Wanken" kommen. Es liege aber im Belieben Frankreichs, sich mit Preußen und Rußland ins Einvernehmen zu setzen und Österreich wäre isoliert. Die österreichische Regierung habe aber eine Ahnung dieser Gefahren und werde daher „das Übrige" tun, d. h. wohl, sich in die Schranken der Mäßigung zurückziehen, die Frankreich belieben. — Das sind die offiziösen Ansichten, welche von Paris aus in der französischen Presse verbreitet werden.

Wir wollen von der Insolenz des Tones, der hier angeschlagen wird, und von der unerträglichen Anmaßung dieser Kundgebung ganz absehen, sagt hierauf die „Presse" — es bleibt dabei auch noch die Naivität bemerkenswert, mit welcher die offiziöse französische Stimme bei dieser Gelegenheit ausruft: „In der Tat könnte man mit der Habsburg'schen Monarchie an keinem Punkte mehr in Kampf geraten, ohne gleichzeitig mit dem ganzen deutschen Bunde zu tun zu haben!" Darauf also ist es abgesehen, deshalb will man in Paris von einer Bundesreform nichts wissen, welche in Mittel-Europa eine achtunggebietende Macht herstellen würde. Aber wir fragen vor allem, mit welchem Recht Frankreich jede Konzentrierung der Macht Deutschlands mit Argusaugen überwacht, und bei der leisesten Regung dagegen Protest erhebt?

In keinem europäischen Staate haben so große, für die Nachbarstaaten so bedrohliche Veränderungen stattgefunden, als gerade in Frankreich. Der Sprung von der Julimonarchie zur Republik war weit weniger groß, als jener von der Republik zum Kaiserreiche. Mit dem 2. Dezember warf sich Louis Napoleon zum Diktator einer durch und durch militärischen Nation auf, welche die außerordentlichsten Hilfsquellen in Hülle und Fülle besitzt. Er vereinigt in seinen Händen alle Gewalten, er verfügte und verfügt heute noch unverantwortlich und unkontrolliert über das Gut und Blut Frankreichs. Seit einer Reihe von Jahren ist die Übermacht Frankreichs ein Gegenstand steter Besorgnis für alle Völker und Regierungen, aber Niemand hat Einsprache gegen die ungeheuren Tatsachen erhoben, welche Louis Napoleon vollzog. Man betrachtete die Veränderungen in Frankreich als innere Angelegenheiten,

und kein europäischer Staat maßte sich an, dagegen irgendwelche Einsprache zu erheben. Auch in Italien haben seit 1859 die großartigsten Veränderungen stattgefunden. An die Stelle der Kleinstaaterei auf der appenninischen Halbinsel ist eine starke Macht getreten, welche sich noch lange nicht als ein abgeschlossenes Ganzes betrachtet, sondern im Gegenteil sehr ernsthafte offensive Gelüste an den Tag legt. Die europäischen Mächte, Österreich und die nichtpreußischen Regierungen des deutschen Bundes ausgeschlossen, haben den ungeheuren Umschwung in Italien anerkannt, und jene, die ihn nicht anerkannten, dachten nicht daran, im Namen der zerrissenen Verträge dagegen zu protestieren. Und Frankreich will gegen die Bundesreform im Namen der Verträge protestieren, die es selbst tagtäglich verleugnet und mit Füßen tritt?

Gelänge es selbst, eine viel durchgreifendere Reform des deutschen Bundes durchzusetzen, als jene ist, welche Österreich zu verwirklichen strebt, würde Deutschland ein wirklicher Einheitsstaat, so hätte weder Frankreich noch irgend einer seiner Nachbarn von der Macht dieses Deutschlands etwas zu besorgen. Politischer Ehrgeiz ist kein Zug des deutschen Volkscharakters, so wenig als Raschheit des Entschlusses und der Durchführung. Auf dem höchsten Gipfel der Macht angekommen, wäre Deutschland kein erobernder Staat. Deutschland hat niemals anders als mit den friedlichen Mitteln seiner Kultur ausgegriffen; ein mächtiger, von einem einheitlichen Willen geleiteter Bund würde das deutsche Wesen nicht verleugnen. Seine Politik wäre allerdings die der kräftigsten Abwehr gegen jede Macht, welche die Integrität seines Gebietes und dessen, was drum und dran hängt, bedroht, aber nicht der Angriff, die Offensive, sondern die Defensive würde immerdar der Grundzug seiner Haltung sein. Von der Macht eines freien Deutschlands, sie möge noch so gewaltig sein, würde weder Frankreich, noch irgend ein anderer Staat, wenn er den Krieg nicht provoziert, seine Sicherheit bedroht sehen. Immerhin würde aber die Schwere dieses Deutschlands es auf naturgemäßem Wege zum Schiedsrichter Europas machen; die Freiheit und Gerechtigkeit, die es ausstrahlt, würde allmählich jeden Despotismus, wo er in Europa noch besteht, untergraben und unmöglich machen, und das ist es, was sowohl Frankreich als Rußland fürchten, und weshalb sie auch den schüchternen ernsten Versuch, Deutschland diesem hohen Ziele näher zu bringen, auf jede mögliche Weise zu vereiteln trachten. Es ist die brutale Gewalt, die Europa unsicher machende Raub- und Eroberungslust, welche an der Seine, wie an der Newa, das Volk mit Schlachtenruhm berauschen muß, um ihm Recht und Freiheit vorzuenthalten; die sich gegen den langsamen, aber sichern Gang germanischer Kultur-Entwicklung auflehnt, und in jedem Schritte derselben, sich geltend zu machen, instinktiv ein Attentat gegen die eigene Sicherheit erkennt. Mögen sie sich immerhin gegen das nunmehr unvermeidlich Gewordene auflehnen, mögen sie selbst bewaffneten Protest einlegen gegen die Rekonstituierung Deutschlands, sie werden den notwendigen Prozeß nicht mehr aufzuhalten vermögen. Ihr erbittertster Widerstand würde die Verwirklichung dessen, was das

deutsche Volk anstrebt, nur beschleunigen, indem er die blutige Katastrophe schafft, deren Deutschland zu bedürfen scheint, um sich siegreich zu Macht und Einheit emporzuringen.

(Berner Zeitung 1863 Nr. 211, 7. Sept.)

Vom Nutzen der Geschichte.

Von

G. v. Below, Freiburg i. B.

Nach einem viel gebrauchten Wort lehrt die Geschichte, daß noch niemand etwas aus der Geschichte gelernt hat. Dies Wort will natürlich als Übertreibung verstanden werden. Durch die Übertreibung soll es aber eine bestimmte Wahrheit einschärfen.

Wie der Zusammenhang, in dem jenes Wort gebraucht wird, ergibt, ruht es auf der Voraussetzung, daß die geschichtlichen Erscheinungen sich wiederholen, daß man demgemäß beim Eintritt einer Erscheinung mehr oder weniger ihre Entwicklung und ihren Abschluß voraussagen kann, indem man auf den Gang der Dinge beim Auftreten der gleichen Erscheinung in einem ältern Zeitpunkt achtet. „Aus der Geschichte lernen" bedeutet nach dieser Auffassung: angesichts einer neuen historischen Erscheinung sein Verhalten nach der Beobachtung der entsprechenden ältern Erscheinung einrichten. Die neue Erscheinung wird nicht als wesensneu aufgefaßt; sie ist nur eine Wiederholung der ältern, nur der Zahl nach eine neue. Man spricht z .B. davon, daß sich die Verfassungsformen in einer bestimmten Reihenfolge ablösen, daß daher, wenn ein Volk eine aristokratische Verfassung hat, als nächste eine monarchische, als übernächste eine demokratische zu erwarten sei, weil diese Folge sich bei einem oder mehrern ältern Völkern schon eingestellt habe. „Aus der Geschichte lernen" würde hier demgemäß bedeuten: der Begründung der zu erwartenden nächsten Verfassungsform sich nicht entgegenstellen, sondern sie eher befördern. Denn die neue Verfassungsform sei ja nun einmal unabänderlich zu erwarten; zum mindesten sei ihre Einführung das Normale. Man vertritt ferner, um ein anderes Beispiel zu erwähnen, eine bestimmte Auffassung über die Entwicklung und den Ausgang der Revolutionen, indem man sich darauf beruft, daß die Dinge sich bei frühern Revolutionen ja schon so entwickelt hätten und daher gewiß auch bei der neuen Revolution, die sich einstellt, in gleicher Weise entwickeln würden. Und wie man den, der dem Übergang von der Aristokratie zur Monarchie oder dem von dieser zur Demokratie sich entgegensetzen will, als einen, der „aus der Geschichte nichts gelernt hat", tadelt, so in gleicher Weise den, der den Gang einer Revolution sich nicht so wünscht, wie es dem Beispiel der ältern Revolution entspricht. Um das Verhältnis etwas anschaulicher zu machen: eine Revolution hat längere Zeit Bestand; eine Gruppe will sie durch Abschluß eines cäsaristischen Regiments zum Abschluß bringen; eine andere widerstrebt solchen Zielen;